



Protokollauszug  
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND  
UMWELT

am Donnerstag, 22.10.2015, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg  
- Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im  
Baubereich (Stand 09/2015)**

**Vorl.Nr. 354/15**

---

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rothacker

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudemanagement) berichtet für seinen Bereich über ausgewählte Hochbauprojekte der Vorl.Nr. 354/15.

Im Rahmen seines Wortbeitrages beantragt Stadtrat **Braumann** einen umfassenden Lagebericht aus Sicht des Bauinvestitionscontrollings. Hierzu soll Herr Springer in einer regulären Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt über städtische Bauprojekte im Hinblick auf Kosten, Termine, Standards sowie Wirtschaftlichkeit der Planung und ggf. Lebenszykluskosten der Baumaßnahmen aus seiner Sichtweise berichten.

Stadträtin **Liepins** sieht es ebenfalls als erforderlich an, mit dem Bauinvestitionscontroller über Standards und Ausstattungen zu diskutieren. Da dieser momentan andere Aufgaben übernommen habe, frage sie sich, wie es bei den von ihm begleiteten Projekten weiter gehe. Ferner erkundigt sie sich nach dem Arbeitsstand der Schule in Neckarweihingen.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert an die Baumspende des BUND für die Alt-Württemberg-Allee.

Nachfolgend geht Herr **Weißer** auf die unterschiedliche Nachfragen aus der Mitte des Gremiums ein. Zum Schulhaus Neckarweihingen liege bisher kein vom Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales beschlossenes Raumprogramm vor. Verwaltungsintern seien mehrere Varianten diskutiert worden, welche bis zum Jahresende einer Auswahl zugeführt werden sollten. Diese wolle sein Fachbereich Anfang des kommenden Jahres zum Beschluss stellen und einen Vorschlag unterbreiten, inwieweit Planungsaufträge vergeben werden könnten.

BM **IIk** äußert sich zum Engagement von Herrn Springer im Stab Wohnen und Integration und den dort wahrgenommenen Funktionen. In diese Aufgabe sei er momentan stark eingebunden, habe sich allerdings vorher intensiv mit städtischen Bauprojekten auseinandergesetzt. Dem Wunsch nach einem Bericht könne er daher entsprechen.

Nachfolgend stellt BM **IIk** diesen Antrag zur Abstimmung.

Frau **Schmidtgen** (FB Tiefbau und Grünflächen) berichtet für ihren Bereich über den aktuellen Stand der in Vorl.Nr. 354/15 aufgeführten Maßnahmen.

Stadträtin **Dr. Knoß** fragt nach der Umsetzung der geplanten Fahrradständer im Umfeld des Marstalls. Darüber hinaus zeichne sich weitergehender Bedarf in der Körnerstraße ab.

Frau **Schmidtgen** entgegnet, dass sich die Fahrradständer in der Planung befänden und die Restarbeiten bis Ende November abgeschlossen würden. Die Bedarfe der Körnerstraße betrachte man im Zuge der Untersuchungen zur Umgestaltung der Lindenstraße.

---

<b>TOP 2</b>	<b>Erneuerung des Verkehrsrechnersystems in Ludwigsburg - Vergabebebeschluss</b>	<b>Vorl.Nr. 380/15</b>
--------------	--	------------------------

---

Beratungsverlauf:

Aufgrund des kurzfristigen Zugangs der Beschlussvorlage wird aus der Mitte des Gremiums der Wunsch nach einer anderweitigen Behandlung des Tagesordnungspunktes geäußert.

BM **IIk** sagt daraufhin die Behandlung der Beschlussvorlage Nr. 380/15 in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 29.10.2015 zu.

---

<b>TOP 3</b>	<b>Bebauungsplan "Aldinger-Danziger-Kreuzung" Nr. 047/04 - Planungsauftrag an die Verwaltung</b>	<b>Vorl.Nr. 386/15</b>
--------------	--	------------------------

---

**Beschluss:**

Nach der am 23.09.2015 erfolgten öffentlichen Informationsveranstaltung arbeitet die Verwaltung den Lösungsansatz „Kreisverkehr“ weiter aus und führt das begonnene Bebauungsplan-Verfahren fort.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 386/15

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Zu Beginn stellt Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) die Ergebnisse der Informationsveranstaltung am 23.09.2015 zusammenfassend dar. Er blickt anhand einer Präsentation auf eine intensive öffentliche Diskussion aller Aspekte und eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheit zurück. Die bisherigen Erkenntnisse aus Planung und Beteiligung stellten bei sachgerechter Auseinandersetzung mit den Argumenten zwei Lösungen in den Vordergrund. Zum einen die bestehende Kreuzung mit unvollständiger Signalisierung, welche aus Sicht des Fachbereiches nicht alle Probleme löse und die Verkehrssicherheit nur teilweise verbessere. Zum anderen einen Kreisverkehr als verkehrssicherste Lösung für alle Verkehrsteilnehmer, welcher allerdings einen Eingriff in den Salonwald erfordere. Mittels eines Luftbildes geht er auf die jeweiligen Optionen ein. Wenn der Planungsauftrag ausgegeben werde, vertiefe der Fachbereich Stadtplanung und Vermessung die Planungen und werde den Eingriff in den Salonwald so gering wie möglich gestalten. Darüber hinaus berücksichtige man notwendige Leitsysteme und prüfe den dauerhaften Erhalt der Fußgängerbedarfsampel, deren Standort gegebenenfalls verändert werden müsse.

Unabhängig von der Entscheidung über die Form des Knotenpunktes treibe man die Entscheidung zur Beruhigung der Königinallee und den beidseitigen Ausbau der Radwege entlang Robert-Frank-Allee und der Aldinger Straße weiter voran. Ferner nimmt Herr Kurt zum Antrag der verschiedenen Stadträte sowie der Gruppen FDP und Die Linke Stellung. Die darin vorgeschlagenen Maßnahmen bezeichnet er als nicht zielführend und nicht dazu geeignet, die Verkehrsverhältnisse zu verbessern. Insgesamt gebe es an dieser Stelle keine einfache Lösung. Abschließend führt er eine sachgerechte Abwägung aller Belange durch, aus der ein Kreisverkehr als sichere und wirtschaftliche Lösung hervorgehe. Und zeigt das weitere Verfahren in Abhängigkeit von der Entscheidung des Gremiums auf.

BM **Ilk** gibt seine Eindrücke aus der Informationsveranstaltung wieder. Aus seiner Sicht stelle der Kreisverkehr die sicherste Lösung dar, die bei einem reduzierten Eingriff in den Salonwald umgesetzt werden könne.

Stadtrat **Noz** bringt seine Erkenntnisse aus der Informationsveranstaltung ein. Innerhalb seiner Fraktion bevorzuge ein Teil den Kreisverkehr, ein anderer eine Probelösung mit einer Ampelanlage. Daraufhin stellt Stadtrat Noz für die CDU-Fraktion den Antrag, einen Probebetrieb mit einer Baustellenampel durchzuführen und erst danach eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Bestandteil dieses Probebetriebs solle eine Präsenzüberwachung der Fahrzeuge an den Ampeln der Seitenstraßen sein.

Für Stadträtin **Dr. Knoß** stehe die Verantwortung für die Bewohner der Karlshöhe als wichtigstes Argument im Mittelpunkt ihrer Entscheidung. Die Menschen mit Behinderung und psychischer Beeinträchtigung hätten bei einer Versetzung der Bedarfsampel einen weiteren Weg dorthin, was sie als unzumutbar bezeichnet. Darüber hinaus sei die Temporeduzierung ein wichtiger Baustein. Der hohe Kostenaufwand für einen Kreisverkehr legitimiere den Vorschlag mit einer Haltelinie einen Versuch zu starten. Da diese nach den Ausführungen von Herrn Kurt rechtlich nicht haltbar sei, verzichte sie darauf, den gemeinsamen Antrag verschiedener Stadträte sowie der Gruppen FDP und Die Linke einzubringen.

Stadträtin **Liepins** warnt davor, das angestrebte Bebauungsplanverfahren für den Kreisverkehr mit anderen Themen zu vermischen. Aus verkehrsrechtlicher Sicht sei sie der Meinung, dass der Kreisverkehr die beste Lösung darstelle. Aus städtebaulicher Sicht sei der Eingriff in den Salonwald umstritten. Trotz der unterschiedlichen Argumente der Karlshöhe befürworte sie die

Beibehaltung der Bedarfsampel in der von Herrn Kurt zugesagten Form. Ferner spricht sie sich für eine klare Entscheidung zur Weiterbeauftragung der Verwaltung aus, damit auch der nachfolgende Bebauungsplan eine stabile Mehrheit finde.

Die FW-Fraktion unterstützt die kleine Lösung des Kreisverkehrs, so Stadtrat **Rothacker**. Im Zuge dessen erinnert er an die Forderung seiner Fraktion, die Königinallee als Sackgasse auszuweisen und die Bedarfsampel bestehen zu lassen. Der Sicherheitsaspekt habe in diesem Fall Vorrang vor finanziellen Erwägungen.

Stadträtin **Burkhardt** verweist auf den Gemeinderatsbeschluss vom 29.04.2015, wonach die Verwaltung nicht nur die Planung eines Kreisverkehrs, sondern auch die Einrichtung einer ampelgesteuerten Straßenquerung mit Tempolimit gleichrangig prüfen solle. Nachfolgend habe sie widersprüchliche Aussagen zur Verkehrsqualität der beiden Alternativen wahrgenommen, die sich von einer Gleichwertigkeit zu Gunsten des Kreisverkehrs entwickelt hätten. Die von den Anwohnern vorgeschlagene Lösung zur Verbesserung der Signalisierung bringe neben Kostenvorteilen und Veränderungsoptionen bei fehlender Bewährung den Verzicht auf einen Eingriff in den Salonwald hervor. Aufgrund dessen signalisiert Stadträtin Burkhardt ihre Zustimmung zum von Stadtrat Noz eingebrachten Antrag.

Ferner gebe es im Kreisverkehrsprogramm aus dem Jahr 2008 mehrere Beispiele für Kreuzungen, die aufgrund des Verkehrsaufkommens und der Unfallzahlen besser für einen Umbau geeignet wären.

Herr **Lettrari** spricht sich dafür aus, dem Rat der Fachleute zu folgen.

Als schwierige Diskussion bezeichnet Stadtrat **T.Lutz** die bereits sehr lange behandelte Entscheidung und berichtet vor diesem Hintergrund von seinen eigenen Erfahrungen an dieser Kreuzung. Aus diesen heraus bevorzuge er den Kreisverkehr als Lösung verbunden mit der Hoffnung, diesen nicht in flacher Bauform wie in der Friedens-/Daimlerstraße zu errichten.

Unter Verweis auf die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb seiner Fraktion plädiert Stadtrat **Gericke** für die ausgearbeitete Lösung des Kreisverkehrs mit einem reduzierten Durchmesser. Besonderen Wert lege seine Fraktion den Erhalt der alten Bäume und den Ausgleich für den Eingriff in den Salonwald. Die besondere Situation mit der Karlshöhe erfordere zudem den langfristigen Erhalt der Bedarfsampel an der jetzigen Stelle.

Als Reaktion auf die Diskussion betont Herr **Kurt**, dass man den Bewohnern der Karlshöhe die Planungen in einer gesonderten Veranstaltung vorgestellt habe. Daran hätten Vertreter mobilitätseingeschränkter Personen und diese selbst sowie Behindertenvertreter teilgenommen, die eine deutliche Verbesserung gegenüber der aktuellen Situation bestätigten. Eine Benachteiligung dieser Gruppe in der Beteiligung am Planungsprozess liege daher keinesfalls vor. Das Angebot zur Beibehaltung der Bedarfsampel gebe gerade diesen Menschen Sicherheit. Weiterhin bestätigt Herr Kurt, dass der Kreisverkehr nicht größer werde als der bestehende Kreisverkehr in Grünbühl.

Da Stadträtin Dr. Knoß auf die Einbringung des gemeinsamen Antrages verzichtet, lässt BM **III** zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion und danach über den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 386/15 abstimmen.

---

Abweichender Empfehlungsbeschluss:

1. Der Leitsatz und die strategischen Ziele des **Masterplans 1 - Attraktives Wohnen** werden wie in Anlage 1 zur Vorl.Nr. 262/15 dargestellt fortgeschrieben.

2. Die strategischen Ziele des **Masterplans 7 - Grün in der Stadt** werden mit folgenden Änderungen fortgeschrieben:

### Strategische Ziele

Ziffer 3: Die Leistungsfähigkeit von Natur und Landschaft ist nachhaltig gesichert. Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft wird erhalten *und verbessert*.

Ziffer 4: Die Stadt Ludwigsburg stärkt das bürgerschaftliche Engagement und fördert das Verständnis und Interesse von Natur- und Umweltbelangen über alle Altersgruppen hinweg. *Die Stadt unterstützt private Eigentümerinnen und Eigentümer bei Erhalt und Aufwertung von Grünflächen.*

Die weiteren Formulierungen bleiben unverändert bestehen.

3. Die strategischen Ziele des **Masterplans 8 - Mobilität** werden mit folgenden Änderungen fortgeschrieben:

### Strategische Ziele

Ziffer 1: Ludwigsburg vernetzt Zentrum, Stadtteile und Umland besser, um die Mobilitätsansprüche von Bewohnern, Beschäftigten und Besuchern zu gewährleisten. Dazu trägt ein leistungsfähiges Radwegenetz, ein optimiertes Busnetz und wo ~~nötig und~~ sinnvoll die Netzergänzung für den motorisierten Individualverkehr bei. Eine Stadtbahnverbindung in Richtung Ost-West ist technisch und wirtschaftlich geprüft. Fußgänger erleben die Stadt neu, weil Brüche und Zäsuren zwischen touristischen Zielen, attraktiven Zonen, den Stadtteilen und der Innenstadt gemildert oder beseitigt sind. Der Bahnhof Ludwigsburg ist eine intermodale Drehscheibe und genau wie sein Umfeld attraktiv gestaltet.

Ziffer 2: Die Stadt steuert Verkehr stadtverträglicher und entlastet sie vom Durchgangsverkehr. Verkehrsbedingte Umweltbelastungen werden auf ein zumutbares Niveau abgesenkt. Neben ~~einzelnen~~ Entlastungsstraßen trägt die Verlagerung des Individualverkehrs auf den Öffentlichen Nahverkehr sowie den Fuß- und Radverkehr einen großen Teil dazu bei. Die Innenstadt ist verkehrlich klar und nachvollziehbar geordnet. Der Innenstadtring mit seinen gleichmäßig ausgelasteten Parkierungsstandorten kann von allen Seiten gut angefahren werden. Die Erschließungsachsen (Schillerstraße, Mathildenstraße, Asperger Straße, Wilhelmstraße und Solitudestraße), unterstützen systematisch die Erreichbarkeit wichtiger Ziele für alle Verkehrsarten in der Innenstadt.

(Absatz)

Hierbei sind Alternativen zum Individualverkehr deutlich gestärkt.

Ziffer 5: Die Stadt pflegt Dialoge, die stadtverträgliches Verkehrsverhalten erleichtern. Durch genaue Information über die intermodalen Verkehrsangebote nutzen Bürger die für sie jeweils optimalen Mobilitätsangebote. Der Wirtschaftsverkehr wird stadtverträglich und *emissionsärmer* (~~emissionsfreier~~) abgewickelt. Ein Gesamtverkehrskonzept ist aufgestellt und wird umgesetzt.

Die weiteren Formulierungen bleiben unverändert bestehen.

### **Abweichender Empfehlungsbeschluss zur Vorlage 262/15**

Die Leitsätze und Ziele der Themenfelder des Stadtentwicklungskonzepts (SEK) „Chancen für Ludwigsburg“ werden - wie in der innerhalb der Beratung modifizierten Anlage 1- fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung über den abweichenden Empfehlungsbeschluss zur Vorl.Nr. 262/15 erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold (unentschuldigt)

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) führt in die Beratung ein.

Stadtrat **Noz** bringt redaktionelle Änderungswünsche hinsichtlich der Formulierung strategischer Ziele des Masterplans 8 ein.

Stadtrat **Gericke** bittet um Ergänzung der Ziffer 4 der strategischen Ziele des Themenfeldes Grün in der Stadt und nimmt eine Bewertung einzelner Formulierungen vor.

Stadträtin **Liepins** stellt Nachfragen zur beabsichtigten Ausrichtung einzelner Formulierungen.

Stadtrat **Rothacker** spricht sich für eine Trennung von Visionen und bereits Erreichtem aus.

Stadträtin **Burkhardt** trägt ihre Anmerkungen zu Einzelformulierungen vor. Sie könne der überwiegenden Anzahl der Punkte in Anlage 1 nicht ohne Vorbehalte zustimmen.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen holt BM **Ilk** jeweils ein Stimmungsbild der Ausschussmitglieder ein, so dass die Modifizierungen ausnahmslos auf der Grundlage mehrheitlicher Zustimmung erfolgen.

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt BM **Ilk** den Tagesordnungspunkt ab und kündigt dessen Behandlung in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt an.

Beratungsverlauf:

Frau **Preußner** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt dem Gremium das Konzept der Außenanlagen des Alten Schulhauses in Poppenweiler vor. Anhand einer Präsentation mit Übersichtsplänen informiert sie über die Bauabschnitte, welche sich in den vorderen und hinteren Bereich gliederten. Zunächst würde man mit dem Spielbereich als erstem Bauabschnitt beginnen. Die Details der Neuplanung zeigt sie anhand des Vorentwurfes, der Baumbilanz, sowie der Kosten- und Terminplanung auf.

Stadtrat **Link** erkundigt sich nach der Nutzung der aktuell vorhandenen Parkplätze, da die neu geplanten Parkplätze im rückwärtigen Bereich noch nicht als Ersatz zur Verfügung stünden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** bezieht zur Parksituation Stellung. Nach ihrer Auffassung müsse zunächst die Straßensituation geklärt werden, zumal sie einen größeren Pausenhof als wichtiger erachte. Sie schlägt vor, eine Überdachung für die Fahrradstellplätze vorzusehen.

Diesen Vorschlag unterstützt auch Stadträtin **Liepins**. Ferner sieht sie es als erforderlich an, die Planungen sowie die Erschließung im Stadtteilausschuss Poppenweiler vorzustellen, da dieser seit geraumer Zeit ein Gesamtkonzept fordere. Sie sehe sich außer Stande über den zweiten Bauabschnitt der Außenanlagen und den Wegfall des bisherigen Parkplatzes am KiFaZ zu entscheiden, ohne dass vorher die Gesamterschließung des Areals geklärt werde. Zumindest müsse die Verkehrsführung vorher angedacht werden.

Stadtrat **Rothacker** ist die Höhe der Planungskosten für den zweiten Bauabschnitt aufgefallen, weshalb er sich nach einer Einschätzung zur Angemessenheit dieser Größenordnung erkundigt.

Stadträtin **Burkhardt** stimmt den Ausführungen von Stadträtin **Liepins** zu. Sie regt die Aufnahme des Themas Baumschutzes in die Ausschreibung an.

BM **Ilk** pflichtet den Ausführungen zur vorherigen Lösung der verkehrlichen Situation bei. Der Grundgedanke des Zusammenwachsens der Grünflächen von Schule und Kinder- und Familienzentrum lasse den dazwischen liegenden Parkplatz in absehbarer Zeit entfallen. Hierzu erläutert er den präferierten Lösungsansatz, welcher bis dahin geklärt sein müsse.

Frau **Preußner** weist auf die Mehrkosten für überdachte Fahrradabstellplätze hin. Sie ordnet die Kostenschätzung der Planungskosten ein und macht deutlich, dass Baugutachten und Planungsleistungen anhand der üblichen Ansätze berücksichtigt worden seien. Der entstandene

Schätzwert werde im Rahmen des Entwurfs- und Baubeschlusses kontrolliert und gegebenenfalls angepasst.

Stadtrat **Lutz** schlägt die Anordnung der Fahrradabstellplätze seitlich am Bewegungsbereich vor.

Daraufhin sagt BM **Ilk** zu, die Anregungen zur Überdachung und Anordnung der Fahrradabstellplätze in den weiteren Planungsprozess aufzunehmen.

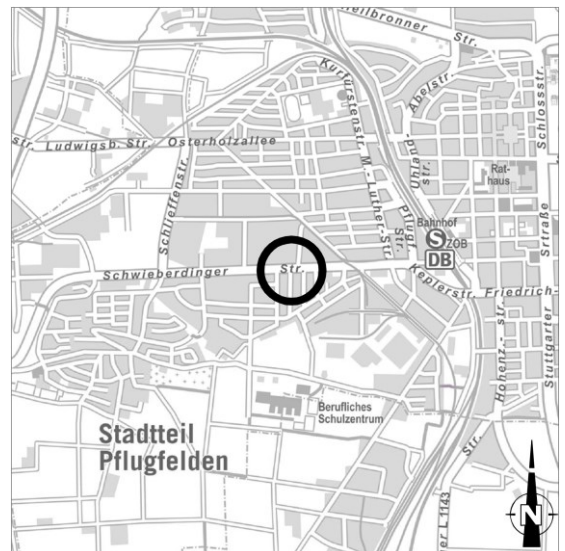
Stadtrat **Link** spricht die Situation der ausgestellten Fenster des Alten Schulhauses an. In Bezug auf den angrenzenden schmalen Gehweg müsste an dieser Stelle noch eine Lösung gefunden werden.

**TOP 7**                      **Bebauungsplan "Werbeanlagen  
Schwieberdinger Straße" Nr. 026/08 -  
Satzungsbeschluss  
(Vorberatung)**

**Vorl.Nr. 349/15**

**Beschlussempfehlung:**

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Bebauungsplan „Werbeanlagen Schwieberdinger Straße“ Nr. 026/08 wird zusammen mit den bauplanungsrechtlichen Festsetzungen und der Begründung, jeweils mit Datum vom 18.09.2015, gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
- III. Die örtlichen Bauvorschriften „Werbeanlagen Schwieberdinger Straße“ werden zusammen mit der Begründung vom 18.09.2015 gemäß § 10 BauGB und § 74 LBO als Satzung beschlossen.



Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend:                      Stadträtin Dr. Knoß (unentschuldigt)  
   Stadtrat Seybold (unentschuldigt)



Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 349/15 und die bisherigen Beratungen.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 349/15 im Gremium zur Abstimmung.

---

**TOP 8**                      **Kapff'sche Höfe**  
**- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) berichtet über das Investoren- und Architektenauswahlverfahren zur Nachnutzung der sogenannten Kapff'schen Höfe. Dieses städtebaulich wichtige Areal wurde einem privat getragenen und von der Stadt unterstützten Verfahren zur Veräußerung und späteren Wohnbaunutzung zugeführt. Ihm war in diesem Zusammenhang wichtig, einen verbindlichen und qualitätvollen Entwurf und für die Veräußerer ein nahtlos umsetzbares Konzept zu erhalten. Die 10 eingegangenen Bewerbungen seien vom Gestaltungsbeirat bewertet worden. Wovon nach der Überarbeitungsphase letztendlich drei Bewerbungen übrig geblieben seien, mit denen die Erbegemeinschaft Verhandlungen geführt habe.

In die engere Wahl habe der Gestaltungsbeirat die Entwürfe der Firma Strenger mit Architekt Ludwig, der Firma Layher mit dem Architekturbüro ARP und der Firma Bouwfonds mit dem Architekturbüro Dongus genommen. Deren Rahmenbedingungen, Details und Vorzüge erläutert Herr Kurt in der Folge anhand von Modellfotos, Lageplänen, Detailansichten und Gestaltungsausschnitten näher.

Aufgrund der guten Aufnahme der historischen Bezüge habe der Gestaltungsbeirat eine klare Empfehlung zugunsten der Firma Bouwfonds ausgesprochen, deren Entwurf letztendlich durch die Verhandlungen mit der Erbegemeinschaft zum Zuge gekommen sei.

Nach Einschätzung von Herrn Kurt könne der Entwurf baurechtlich aufgrund des Bestandserhalts weitgehend ohne zusätzliches Baurecht weiter verfolgt werden. Insgesamt bezeichnet er den Aufwand als lohnenswert, da man sich gut an die beste Lösung herangearbeitet habe.

---

**TOP 9**                      **TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung**

Beratungsverlauf:

Siehe Niederschrift zur Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung Ludwigsburg vom 22.10.2015.